Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementspreis Vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank", — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer über nach einem Festtage die Zeile 20 Pfge.

Hut-Fabrik C. F. Lehmann,
Königlicher Hoflieferant,
Scheffelstrasse Nr. 24,
ff. Seidenhüte, leichte Filzhüte, Strohhüte,
reichhaltigste Auswahl, billigste Preise.

Chinesische Tusche!
hochfeine — beste Sorten — sind eingetroffen, auch billige aber durchaus brauchbare Waare, pro Stück von 10 Pf. an, am Lager.
Kaufhaus, Laden 6. **R. Seelig,** Importeur. **Kaufhaus, Laden 6.**

Selbstthätige
Wasserförderungsanlagen
für Staatsbauten mit nachweislich bestem Erfolge angewendet. Für kleinere Städte, Landgemeinden, einzelne Güter, Landhäuser, Fabriken etc. liefere ich (unter Garantie) selbstthätig arbeitende Wassermotore zum Fördern von Wasser auf jede beliebige Höhe und Entfernung. — Leistungsfähigkeit 1000 bis 100,000 Liter pro Tag. **Merkel jun., Dresden.**

Nr. 162. Witterung vom 10. Juni: Barometer 336. Cölsius Stand, Maximum 15. (Abds. 6 U.) 700 Mill., seit gestern 2 Mill. gestiegen. Thermometerst. N. Maxim.: 10° W., niedr. Temp. 6° W., höchste Temp. 12° W. Nord-West-Wind. Gedeckt.

Aussichten für den 11. Juni: Wolkig, zeitweise etwas aufklärend, ziemlich kühl, meist trocken.

Sonnabend, 11. Juni.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Wer baut, macht bei seinen Mauerern die Erfahrung: Je weniger *sie* berappen, destomehr muß *er* berappen. Zu dieser Gattung von Bauhandwerkern gehören auch die Maurersleute im deutschen Reichstage. Sie haben nun glücklich ein recht verpfuschtes Gebäude aufgeführt. Das Innungsgesetz ist aus ihren Händen als ein schiefes Flickwerk hervorgegangen, durch dessen unberappte Fugen Wind und Regen auf das schlecht beschützte Handwerk eindringen. An Eile haben es freilich die Abgeordneten nicht fehlen lassen. In einer einzigen Sitzung wurde das ganze Innungsgesetz durchgehastet. Die wichtigste Bestimmung, welche das Halten von Lehrlingen regeln soll, wurde gegen die Interessen der Handwerker abgethan. Den Ausschlag gab eine innungsfeindliche Rede Lasker's. Es ist wirklich beschämend, daß sich unter der heutigen Volksstimmung der Reichstag noch so verlaskern läßt. Mit winziger Mehrheit, 125 gegen 122 St., aber doch mit Mehrheit, versag'e man dem Handwerk Etwas, was es zu einer neuen Blüthe bedarf: die ausreichende Regelung des Lehrlingswesens. Es soll also nach Ansicht der Reichstagsmehrheit bei der jetzigen Schrankenlosigkeit hierbei bleiben. Was der Reichstag sonst noch in dem Innungsgesetze beschlossen hat, ist von geringem Belang. Dieses Flickgesetz kann dem Handwerke nicht aufhelfen. Es ist schade um so viele Arbeit gewesen. Die etwa freiwillig sich bildenden Innungen haben nunmehr keine Befugnisse, um den Eintritt in sie begehrenswerth zu machen. Den Schaden solcher Mattherzigkeit, Unentschlossenheit und Kurzsichtigkeit trägt aber nicht allein das deutsche Handwerk, sondern er wirkt auf die gesammten sozialen Verhältnisse zurück. Nach dem trübseligen Verlaufe der Innungsvorlage kann man sich schon vorstellen, was dem Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesetze bevorsteht. Zerrupft, zerzaust, unkenntlich und unbrauchbar wird es aus der dritten Lesung hervorgehen. Ohne den Staatszuschuß wird der Reichskanzler das Gesetz nicht annehmen, verkündet soeben die „Prov.-Corresp." Zu gleicher Zeit erklärt die „Germania", das Organ des Centrums, es sei gar nicht daran zu denken, daß die Centrumspartei den Staatszuschuß bewillige. Ohne die Zustimmung des Centrums ist er aber im Reichstage nicht zu haben. Nun, dann wird eben ein künftiger Reichstag den Staatszuschuß bewilligen, getröstet sich der Reichskanzler: d. h. alle sonstige Liebesmühe, das der jetzige Reichstag an das Gesetz verwendet, ist vergeblich. Steht es so, dann könnte man sich die Arbeit erleichtern und die entscheidende Abstimmung über § 13 an die Spitze der Berathung stellen. Wozu noch lange Reden? Diese Unversöhnlichkeit der Anschauungen zwischen dem Kanzler und dem Centrum in einer Frage, die mit Kulturkampf, Messelesen und Sakramentspenden so wenig Etwas zu thun hat, als die heurige Junikälte mit der Dresdner Pferdebahnkehrwinkelei, ist im Interesse der Abstellung sozialer Mißstände und der Ausgleichung sozialer Gegensätze nur tief zu beklagen. Für die Wahlen aber wird es sich das Volk merken: welche Parteien es verschulden, daß der Anfang zu sozialen Reformen hinausgeschoben wird.

Im französischen Senate sind die Würfel gegen Gambetta gefallen. Das Oberhaus der Republik der Franzosen hat mit achtungswerther Mehrheit (184/114) jedes Eingehen auf das Listenwahlgesetz abgelehnt. Es thut ihm nicht einmal die Ehre an, seine Einzelbestimmungen auf ihren Werth zu prüfen. Mit einer vornehmen, aber kraftvollen Handbewegung lehnt der Senat jede Anbahnung der Diktatur Gambetta's ab. Die luxuriösen Frühstücke, mittelst deren der „große Bürger" eine genügende Zahl knieschlotternder, weißlebriger Greise für die Listenwahlen gewinnen wollte, haben also nicht gezogen. Es kam allerdings Vieles zusammen, was den Senatoren ihre Festigkeit erleichterte. Der Senat hätte thatsächlich abgedankt, wenn er in dieser Frage Gambetta zu Willen war. Er stand vor seiner Existenzfrage. Ermöglichte er es Gambetta, bei den nächsten Wahlen seinen Namen an die Spitze der Listen von 30 Departements zu setzen, so ging derselbe als grand Electeur aus den Urnen der 36,000 Gemeinden der Nation siegreich hervor. Damit hätte der „Großwähler" sein Plebiscit gemacht und einen Freibrief für seinen Gewaltstreich ausgestellt erhalten. Allen späteren Widerstand des Senates hätte Gambetta's Ungestüm fast mühelos über den Haufen gerannt. Noch ist es zu früh, die Consequenzen der ablehnenden Abstimmung des Senates ins Auge zu fassen. Gambetta ist jedoch nicht der Mann, auf einen lang gehegten Lieblingswunsch zu verzichten. So nahe dem sicheren Hafen scheitern zu sollen, wird ihm ein unerträglicher Gedanke sein. Daß sein segelgeschwelltes Schiff auf die Klippe der Senatoren rannte, wird wahrscheinlich ihm den Plan, diese Felszacke zu dynamitisiren, nahelegen. Er wird es den Senat schwer büßen lassen. Doch verdient es Aufmerksamkeit, daß auch unter sonst aufrichtigen Republikanern das Umsichgreifen Gambetta's täglich mehr verstimmt. Die von dem Beiworte des ersten Napoleon „Corsische Wehrwolf" auf Gambetta übertragene Bezeichnung „Cahorsischer Wehrwolf" ist mehr als ein bloßes Spiel mit Worten. Selbst in Cahors, der Heimath und dem neulichen Triumphplatze des Diktaturlüsternen hat es Unmuth erregt, daß „Er" sich selbst an die Spitze der dortigen Wahlen zu stellen beliebte, ohne das dortige Wahlkomité zu befragen. Ein energischer Protest der geachtetsten Bürger von Cahors weist diesen Eingriff des „berühmtesten Kindes" dieses Fleckens als ungebührlich zurück.

Kronprinz Rudolf ist mit seinem jugendlichen Gemahl sehr herzlich von der Bevölkerung Prags aufgenommen worden. Man hat nachträglich ermittelt, daß die Verspätung des Einzugs des jungen Paars nicht auf den Gesundheitszustand der Prinzeß Stephanie, sondern auf politische Motive zurückzuführen ist. Hätte das Paar unmittelbar nach den Einzügen in Wien und Pest die Thore Prags betreten, so war diese Stadt mit einem Schlage in den gleichen Rang der Schwesterresidenzen eingeführt worden. Man bekam in Wien Wind davon, daß die Czechen den kronprinzlichen Einzug in Prag zu einer ungehörigen politischen Demonstration mißbrauchen wollten. Der czechische Adel Böhmens strömte nach Prag, die czechische Stadtverwaltung verwendete große Summen zur Ausschmückung der Stadt und es war im Werke, die sich auch noch so loyal geberdenden Kundgebungen zu scharf ausgeprägten nationalczechischen Demonstrationen auszubeuten. Die Enthusiasten für die „Wenzelskrone" träumten schon die Versinnlichung ihres staatsrechtlichen Ideals. Graf Palffy kaufte ein Palais auf der Kleinseite für 800,000 Gulden und den anderen Mitgliedern des slavischen Adels, der jetzt meist in Wien wohnt, wurde zugeraunt, sie sollten ebenfalls nun nach Prag übersiedeln, damit Prag, die Residenz des kronprinzlichen Paars, genügenden hoffähigen Adel besitze. Der Adel sonnt sich ja vorzugsweise gern in der Nähe fürstlicher Gestirne — meldet doch, beiläufig bemerkt, auch der sächsische Adel unsern Großen Garten sofort, wenn König Albert nicht in Dresden oder Strehlen residirt. In Wien fand man es nun aber höchst unzeitgemäß, daß Kronprinz Rudolf als künftiger Träger der Wenzelskrone in Prag akklamirt werden sollte und da der Adel selbstständig vorgegangen war, ohne die Willensmeinung des Wiener Hofes eingeholt zu haben, so benutzte man die „Ermüdung" und das „Unwohlsein" der Kronprinzessin, um die Reise zu verschieben und die Empfangsfeierlichkeiten aufs Aeußerste zu beschränken. Das Paar ist aber doch recht freundlich in Prag aufgenommen worden.

Auch in Berlin hat man den Fürsten Milan, der die lange Reise von der unteren Save bis zur Newa unternimmt, wie in Wien mit großer Auszeichnung behandelt. Man hat es an Ehrenbeweisen nicht fehlen lassen, als wäre der Hospodar von Serbien bereits der König dieses Landes. Deutschland ebensowenig wie Oesterreich spricht dem als souveräner Staat proklamirten Serbien das Recht ab, seinem Oberhaupte den Titel zu geben, der seinen Ohren am lieblichsten klingt und wenn sich Milan wie sein Vorgänger auf dem Throne „Despot" nennen wollte, hätte wohl Niemand Etwas dagegen einzuwenden. Aber ebenso beharrt man in Wien wie in Berlin darauf, daß Serbien uns ein freundlicher Handelsnachbar werde. Die Mittelstaaten der Balkanhalbinsel aus dem russischen Banne zu erlösen, sie zu einem orientalischen Zollverein umzugestalten, ist ein hohes Strebeziel einer weitsichtigen Handelspolitik. Eine so günstige Gelegenheit, Serbien in den Machtbereich Deutschlands und Oesterreichs zu ziehen, kommt vielleicht in einem Jahrhundert nicht wieder. Das Stirnrunzeln John Bulls, der bereits im englischen Parlament eine Interpellation wegen der durch den österreichischen Vertrag bedrohten Handelsinteressen Englands in Serbien eingereicht hat, wird Niemanden erschrecken. Man läßt den zahnlosen englischen Löwen ruhig knurren.

Der Berliner Abg. Ludw. Löwe berichtigt die uns von guter Hand zugegangene Bemerkung in Nr. 160 unseres Blattes: „er hätte für das Berliner Shawlfabrikationsgeschäft (die gehässige Nebenbemerkung übergehe er) den hohen Zollsatz von 450 Mk. pro 100 Kg. auszuwirken wesentlich mitgeholfen", dahin: „Ausweislich der Protokolle der Sitzungen der Zolltarif-Kommission habe ich, der ich als Korreferent fungirte, gegen jede Erhöhung des Zollsatzes auf Shawls plaidirt und gestimmt; die Erhöhung wurde lediglich durch die konservativ-klerikale schutzzöllnerische Majorität beschlossen. Außerdem wurde eine weitere Erhöhung des betreffenden Zollsatzes im Plenum auf Antrag des konservativen Abgeordneten von Mirbach, wiederum gegen meinen Einspruch, ausweislich des stenographischen Sitzungsberichts, beschlossen."

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 10. Juni.

Berlin. Reichstag. Dr. Frege berichtet über die für den deutschen Volkswirthschaftsrath nachträglich von der Reichsregierung geforderte Summe von 84,000 Mk., deren Bewilligung er empfiehlt. Er widerlegt die gegen die neue Institution erhobenen Bedenken. Nachdem in Preußen der Volkswirthschaftsrath bereits bestehe, sei es angezeigt, denselben zu erweitern, um auch für die übrigen Bundesstaaten eine Sachverständigenvertretung zur Begutachtung wirthschaftl. Entwürfe zu sichern. Aug. Reichensperger meint dagegen, man solle doch erst abwarten, wie sich die neue Institution in Preußen bewähre. Was man bis jetzt davon gesehen, erwecke keine besonderen Erwartungen. Er erinnert an das Wort: Parlamente durch Parlamente todt zu machen, und führt schließlich Beschwerde darüber, daß der katholische Gesellenverein nicht im preußischen Volkswirthschaftsrath vertreten sei. Schorlemer-Alst befürwortete im Gegensatz zu seinem Parteifreunde Reichensperger die neue Institution, ohne mit deren Organisation ganz einverstanden zu sein. Die Landwirthschaft sei nicht genügend darin vertreten. Das Volk, des politischen Haders müde, verlange endlich Förderung seiner materiellen Interessen; es sehe sich am Rande des politischen Ruins. Bei Enqueten habe es die Regierung viel mehr in der Hand, blos die zu hören, die sie hören will. Merkwürdig, daß Braun bei dieser kleinen Summe den Ruf nach Sparsamkeit erhebe; während der liberalen Aera habe man Nichts von dieser Sparsamkeit gemerkt. Damals warf man Unsummen zum Fenster hinaus. Was verschlangen nicht Kulturkampf und Goldwährung; am meisten ging durch das Aktiengesetz verloren, das nicht nur eine Ausbeutung, sondern eine völlige Ausbeutelung zur Folge hatte. Erweitere man den preuß. Volkswirthschaftsrath nicht, dann gingen die Einzelstaaten in wirthschaftlicher Beziehung in Preußen unter. v. Bennigsen dagegen. Den Zweck der Vorlage erkenne er an, er solle aber auf anderem Wege erreicht werden, und zwar durch sachverständige Informationen von Fall zu Fall. Staatssekretär Dr. v. Bötticher bestreitet, daß die Frage auch nur irgendwie einen politischen Charakter trage. Es handele sich lediglich um Bildung eines technischen Beiraths. Er stimme zu, wenn die geforderte Summe für sachverständige Informationen bewilligt werde, könne aber nicht versprechen, daß sich die Regierung diese Informationen wo anders einhole, als bei der dafür niedergesetzten Korporation sachverständiger Männer. Rentzsch befürwortet ausführlich das neue Institut. E. Richter hält dasselbe für rein centralistisch, nur projektirt, um Bundesrath und Reichstag abzuschwächen. Preußen sei im Volkswirthschaftsrath gegen alle übrigen Staaten im Uebergewicht. Die Logik, weil schon für Preußen ein Volkswirthschaftsrath bestehe, müsse auch für Deutschland ein solcher gebildet werden, führen dahin, daß man schließlich alle vom Kanzler projektirten Einrichtungen annehmen müsse. Der „Sächsische Volksfreund", das konservative Organ für das Königreich Sachsen, hätte erst ganz bitterböse Artikel gegen diese „napoleonische Einrichtung" gebracht; nach und nach hätten sich die Konservativen wie immer damit befreundet. Für Innungsgesetz und Unfallversicherung sei das Sachverständigen-Element im Volkswirthschaftsrath ein geringes gewesen. v. Helldorf für. Der Bauernstand hat im Verhältniß zu seiner Bedeutung keine ausreichende Vertretung seiner Interessen. Dr. Frege: Die Kommission habe eine stärkere Vertretung der Landwirthschaft im Volkswirthschaftsrath nicht gefordert, weil sie annehme, daß hier die Stimme nicht gezählt, sondern gewogen werden. Die geforderten 84,000 Mk. werden mit 153 (die liberalen Fraktionen und ein großer Theil des Centrums) gegen 102 Stimmen abgelehnt. Dann wird die Berathung über die von der königl. sächsischen Regierung beantragte Erhöhung des Zolls auf unbedruckte Zeugwaaren, die vor dem Feste durch das bekannte Manöver der Freihändler unterbrochen worden war, fortgesetzt. Abgeordneter von Kardorff wünscht eine Enquete über die Wirkungen der Garnzölle. Er sei event. zu einer Herabsetzung derselben bereit. Der wirthschaftliche Standpunkt der Bamberger, Delbrück und Braun sei wissenschaftlich überwunden, gerichtet. Kgl. Sächs. Geh. Regierungsrath Böttcher bittet von dem Gedanken einer weitergehenden Enquete zur Zeit abzusehen; welche nachtheilige Verzögerung würde dadurch unbedingt eintreten! Dasselbe gelte von der von Sonnemann beantragten Hinausschiebung des Termins der Zollerhöhung. Wolle man helfen, dann helfe man bald. (Bravo.) v. Varnbüler widerlegte die früher von Sonnemann zu diesem Gegenstande gegebenen Ausführungen. Bamberger nimmt für den Freihandel die Wissenschaftlichkeit in Anspruch; für den Schutzzoll sei von den Männern der Wissenschaft nur roth. Wagner in Berlin. Die Abschwächungsanträge Löwe's und Sonnemann's werden abgelehnt und die Vorlage gegen die Stimmen der meisten Freihändler angenommen. Die sächsischen Abgeordneten stimmen, soweit anwesend, alle dafür (so von den Fortschrittlern Streit). — Der Serbenfürst Milan wohnte kurze Zeit der Sitzung bei. — Ob der Hamburger Zollanschluß den Reichstag noch beschäftigen wird, ist mehr als zweifelhaft, da der Hamburger Senat den Raths- und Bürgerbeschluß durch sorgsame Vorbereitung zu einem möglichst einnehmigen machen will. — An Stelle des Geh. Rath Tiedemann, dessen Ernennung zum Regierungspräsidenten von Trier bevorsteht, soll Geh. Rath Lohmann als Vorstand der Reichskanzlei designirt sein.

Paris. Mit der gestrigen Niederlage Gambettas im Senat ist die Wahlmodusfrage für diese Legislaturperiode erledigt. Die Regierung hätte das Recht, vor Ablauf von 3 Monaten das Gesetz an die Kammer zu bringen, doch wird sie natürlich auf diese Befugniß verzichten.

Berliner Börse. Die heutige Börse war nicht flau; wohl übten die ungünstigen auswärtigen Notirungen einen Druck aus auf das internationale Gebiet, dem entgegen stand aber eine unverkennbar große Festigkeit des lokalen Marktes. Der Schluß hatte sogar ein recht festes Aussehen. Oesterr. und Ungar. Kredit je 1 Mk. schlechter, Franzosen 2, Lombarden 3 Mk. besser. Für deutsche Bahnen bestand gute Meinung. Oberschlesische gewannen 2 Proc. Oesterr. Bahnen und Prioritäten stiller und schwach. Banken still; die leitenden gaben anfangs nach, erholten sich aber wieder. Deutsche Fonds ruhig, fest; für fremde bestand zu den herabgesetzten Coursen bessere Kauflust als letzter Tage, Bergwerke still, fest, ebenso in der Mehrzahl Industrien.

Lokales und Sächsisches.

— Herrn Ermenegildo Donadini, Lehrer an der hiesigen Kunstgewerbeschule, ward das Prädikat „Professor" verliehen.

— Der Vicepräsident des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums, Oberhofprediger Dr. Kohlschütter, trat gestern einen vierwöchentlichen Urlaub an.

— Die Wahlen für den sächsischen Landtag werden nunmehr amtlich auf den 12. Juli ausgeschrieben.

— Dem Reichstag ging eine Uebersicht über das Ergebniß des Heeres-Ergänzungsgeschäfts für 1880 zu. Für das Königreich Sachsen gestaltet sich das Ergebniß wie folgt: In den alphabetischen und Restantenlisten werden 72,619 Mann geführt. Davon sind 1197 unermittelt, 3624 ohne Entschuldigung ausgeblieben, 18,540 anderwärts gestellungspflichtig geworden, 21,555 zurückgestellt, 68 ausgeschlossen, 7664 ausgemustert, 4799 der Ersatzreserve I., 2862 der Ersatzreserve II., 1 der Seewehr I. überwiesen, 9475 ausgehoben, 1822 überzählig geblieben und 1012 freiwillig eingetreten. Zum Dienst mit der Waffe wurden 9163, zum Dienst ohne Waffe 306 und aus der seemännischen Bevölkerung (?) 6 Mann zur Flotte ausgehoben. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden 163 verurtheilt (die Meisten wohl nur in contumaciam), gegen 158 schwebte Ende des vorigen Jahres noch die Untersuchung.

— Weit über 1000 wackere Bürger Dresdens hatten sich vorgestern Abend im Saale des Lincke'schen Bades eingefunden, welche insgesammt mit dem am 1. d. M. vom Stadtverordneten-Kollegium gefaßten Beschlusse, die Pferdebahn betr., nicht einverstanden waren. Diese Stimmung war hervorgerufen durch die dem Unternehmen bereiteten Schwierigkeiten. Die Versammlung eröffnete Herr Rechtsanwalt Dr. A. Schmidt. Das Referat hatte Herr Stadtverordneter Dr. Chalybäus übernommen, wobei derselbe besonders in ausführlicher Weise der Geschichte der Pferdebahn gedachte. Der Stadtrath hat s. Z. die Brückenzollsumme deshalb ermäßigt, weil Herr Parrisy an 14,000 M. zu der Pflasterung der Brücke beizutragen sich erboten habe, ebenso 12,000 M. weitere Straßenkorrektionskosten am Lincke'schen Bade, 15,000 M. am goldnen Löwen u. s. w. Trotzdem die Pferdebahn also ihr eigenes Pflaster befährt, will sie das 5fache dessen jährlich zahlen, was die Omnibusse, die doch das Pflaster weit mehr strapezirten, zahlten, also 5 Mal 600 M. Wenn die Omnibusse für 600 M. täglich 373 Wagen über die Brücke führten, müßte die Pferdebahn also für ihre Steuer deren täglich ca. 1800 über die Brücke fahren. Sei man gerecht und lasse nicht nur die Finanzfrage, sondern die allgemeine Nützlichkeit mitentscheiden. Hierauf geißelte Herr Sanitäts-Rath Reimer in geschickter Weise die gerade vor einem Jahre stattgefundene Stadtverordnetensitzung und nannte laut und deutlich die Namen derjenigen Stadtverordneten, welche damals gegen das Zustandekommen einer Pferdebahnlinie Altstadt-Neustadt gestimmt hatten. Die Angst sei es nur gewesen, die davon abgehalten habe, man sah schon im Geiste alle die Krüppel und zerbrochenen Glieder, die zwischen und neben den Pferdebahngeleisen zu liegen kämen, das Publikum habe man mindestens für halb blind und taub gehalten. Hätten voriges Jahr die 16 Dagegenstimmenden nur noch wenige in ihr Lager ziehen können, so waren wir ohne Gnade und ohne Annahme mildernder Umstände zu 5 bis 10 Jahren Omnibus verurtheilt. Der Redner betont ferner, daß auf sämmtlichen Linien, auch auf der neuesten, Postplatz-Plauen, kein Unglücksfall zu verzeichnen sei, aber auf zwei umgestürzte Omnibusse könne er sich besinnen, die ihn unwillkürlich an die Worte des Dichters erinnerten: „Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten". (Stürmischer Applaus). Sodann gelangte folgende Resolution zur Vorlesung: „Die heute im Lincke'schen Bade versammelten Dresdner Einwohner sprechen die Erwartung aus, daß das